

Forum 3: Referenzgrösse Privatwirtschaft?

(Jubiläumstagung SGVW vom 28./29. Oktober 2004 in Luzern)

1. Waldwirtschaft: Wirtschaftsbranche oder Verwaltung?

Geschichtlicher Hintergrund

Das 19. Jahrhundert war forstlich charakterisiert durch eine Übernutzung der Wälder durch Mensch (Brennholz) und Tier (Viehweide.) Eine Neubesinnung setzte ein, nachdem die geschwächten Bestände in den Alpen Lawinen und Murgängen nicht mehr standzuhalten vermochten und Menschen und Sachwerte schweren Schaden nahmen. In einem Verfassungsartikel wurde dem Bund ab 1897 die Oberaufsicht über die Wasser- und Forstpolizei eingeräumt. Darauf gestützt wurde ein Bundesgesetz betreffend die eidgenössische Oberaufsicht über die Forstpolizei im Hochgebirge erlassen. Dieses wurde 1902 auf das ganze Land ausgedehnt und enthielt ein absolutes Rodungsverbot, schrieb eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und eine flächendeckende Forstorganisation vor.

Der Eindruck geschwächter und ihre Schutzfunktionen nicht erfüllender Wälder wirkte so nachhaltig, dass seit Ende des 19. Jahrhunderts die Waldfläche von 0.75 Mio ha auf heute 1.3 Mio ha zunahm und die Schweiz durch die übervorsichtige und zurückhaltende Nutzung heute die europaweit höchsten stehenden Holzvorräte aufweist.

Das Phänomen Waldsterben löste 100 Jahre später erneut Ängste für den Bestand der Wälder aus. Es bildete die politische Rechtfertigung, im Rahmen einer erneuten Waldgesetzrevision dem Staat noch stärkeren Einfluss auf die Waldwirtschaft einzuräumen. Im Gegenzug bildete das Waldgesetz von 1993 auch die rechtliche Basis für grosszügige staatliche Abgeltungen und Finanzhilfen zugunsten der Waldwirtschaft. Die neuen politischen Weichenstellungen wurden wissenschaftlich untermauert durch Tendenzen wie ökologische Marktwirtschaft oder Forderungen nach Abgeltung gemeinwirtschaftlicher Leistungen des Waldes. Für die wirtschaftlich schon damals unter Druck stehende Branche glich diese Entwicklung geradezu einem Befreiungsschlag. Statt sich ausschliesslich den mitunter beschwerlichen Regeln der Marktwirtschaft zu unterwerfen gelang es, sich mehr der Sorge des Staates anzuvertrauen.

Branchenumfeld und wirtschaftliche Lage der CH-Waldwirtschaft

Als Urprodukt, aber ohne den im Agrarsektor geltenden Grenzschutz, war das forstliche Hauptprodukt Holz einem rasanten Wandel der internationalen Holzmärkte ausgesetzt. Sinkende Holzpreise vermochten die steigenden Produktionskosten in den letzten 10-20 Jahren immer weniger aufzufangen. Die Waldeigentümer schrieben zunehmend rote Zahlen, die auch durch öffentliche Beiträge nicht zu verhindern sind.

In den letzten Jahren erschweren die Sparanstrengungen der öffentlichen Hand die Lage der Branche zusätzlich. Produktionskostentreibende öffentliche Auflagen erwiesen sich als dauerhaft, die Subventionen für deren Abgeltung aber eher nicht.

Tendenziell sinkende Holzpreise und rückläufige öffentliche Beiträge geben der Schweizer Waldwirtschaft wirtschaftlich wenig verheissungsvolle Zukunftsperspektiven.

2. Forstpolitische Alternativen?

Nun stellt sich die Frage, ob Waldwirtschaft gewissermassen schicksalhaft defizitär sein muss.

Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass Wald- und Holzwirtschaft für viele Länder eine Schlüsselbranche mit hoher Wertschöpfung ist (z.B. skandinavische Staaten, Kanada, Chile) oder in die Forstwirtschaft gar hochverzinsten Geldanlagen getätigt werden (z.B. GB, Costa Rica.)

Zweifellos sind die Voraussetzungen hier wie dort nur bedingt vergleichbar. Die Waldwirtschaft hat in unserem Lande wie eingangs aufgezeigt eine lange Tradition und erfüllt neben der Nutzfunktion ebenso gesellschaftliche und ökologische Ziele. Nach dem Motto, nicht Äpfel mit Birnen vergleichen, stelle ich die Waldwirtschaft zweier Länder mit vielen auch forstlichen Parallelen dar - nämlich Österreich und die Schweiz.

Österreich hat etwa dreimal mehr Waldfläche und nutzt etwa dreimal mehr Holz. Der Privatwaldanteil ist deutlich höher als in der Schweiz. Die Betriebsstrukturen wiederum unterscheiden sich nicht sehr wesentlich.

Sehr deutliche Unterschiede ergeben sich dagegen im Output. Während die Schweiz wert- und mengenmässig Nettoimporteur von Holz und Holzprodukten ist, leistet die

Wald- und Holzwirtschaft Österreichs einen respektablen Beitrag an die sonst negative Handelsbilanz.

Für die Schweiz ist übrigens bemerkenswert, dass ihr Verbrauch an Holz und Holzprodukten mengenmässig spielend durch den laufenden Holzzuwachs im eigenen Land zu decken wäre. Die Schweiz wäre somit nachhaltig autark bezüglich ihres Konsums an Holz und Holzprodukten inkl. Papier. Eine konkurrenzfähige inländische Holzverarbeitung vorausgesetzt, könnten volkswirtschaftlich positive Deckungsbeiträge statt des aktuellen Verzehrs (Subventionen) erzielt werden.

Die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse zeigen beachtliche Kostenvorteile der österreichischen Waldwirtschaft, die sich nicht mit wesentlich höheren Personalkosten erklären lassen.

Dagegen fallen auf der Zeitachse deutlich schnellere und grössere Rationalisierungsfortschritte der viel stärker marktwirtschaftlich orientierten österreichischen Forstwirtschaft auf.

Die hohen Produktionskosten lassen dem Schweizer Waldeigentümer deutlich weniger übrig als dem ausländischen Waldeigentümer. Sie schwächen seine wirtschaftliche Motivation, den Wald im Interesse und zum Wohle der Gesellschaft zu pflegen und zu bewirtschaften.

Nun interessiert die Frage, weshalb unter doch sehr ähnlichen Rahmenbedingungen in einem Land Waldwirtschaft wirtschaftlich erfolgreich betrieben wird, im andern jedoch nicht.

Die Antwort bringt uns recht nahe zur Themenstellung dieser Veranstaltung. Während in der Schweiz der Wald traditionell, gesellschaftspolitisch und auch strukturbedingt zunehmend als öffentliches Gut empfunden und politisch behandelt wird, sieht sich die österreichische Forstwirtschaft als Wirtschaftsbranche. Die privaten Waldeigentümer pochen aufmerksam auf ihre Eigentumsrechte, natürlich auch mit dem Hinweis, dass sie ohne staatliche Unterstützung aus dem Wald höhere Nettoeinkommen erwirtschaften als aus der hoch subventionierten Landwirtschaft. Beim öffentlichen Waldeigentum sind Bestrebungen zu privatwirtschaftlichen Verhalten im Gange. So gelten etwa die österreichischen Bundesforste nach ihrer rechtlichen Verselbständigung auch gesamteuropäisch als wirtschaftlich erfolgreicher

Vorzeigebetrieb. Die Bundesforste unterstützen neuerdings als Consultant gar Länder Osteuropas bei der Überführung ihrer planwirtschaftlich ausgerichteten Waldwirtschaft in eine den Gesetzen der Marktwirtschaft folgende.

3. Alternativen zur staatlich dominierten Schweizer Waldpolitik

2003 hat sich unser Verband, der die Waldeigentümer der Schweiz vertritt, mit 8 Thesen für eine zukunftsfähige Waldwirtschaft in die laufenden Diskussionen zur Neugestaltung der Waldpolitik eingeschaltet.

Gegenüber der heutigen forstpolitischen Ausgangslage, in der der Forstdienst, gestützt auf ein überdichtetes gesetzliches Regelwerk, im Laufe der Jahrzehnte immer stärker Einfluss gewonnen hat und der Waldeigentümer Eigeninitiative, aber auch Interesse an seinem Eigentum verloren hat, sehen die Autoren der «Acht Thesen» in einer künftigen Forstpolitik den Waldeigentümer als Subjekt statt als Objekt der Waldpolitik.

Die Autoren der Thesen kamen zum Schluss, dass Voraussetzung für wirtschaftlich erfolgreiche Forstbetriebe klare politisch-strategische Aufträge der Behörden sind, die dann operativ von Forstprofis umzusetzen sind. Wirtschaftlich erfolgreiche Forstbetriebe sind wiederum Voraussetzung, dass die forstpolitischen Ziele erreicht werden, wie Sicherstellung der Waldpflege, funktionierende Rohholzverarbeitungsketten, sichere Arbeitsplätze.

Die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Forstbetriebe und deren unternehmerischen Handelns, aber auch die Förderung der Nachfrage nach Holz und Holzprodukten in sämtlichen Anwendungsbereichen, sind wichtige Voraussetzungen für Nachhaltigkeit. Die Umweltverbände opponieren gegen die Stärkung der Eigenverantwortung durch Deregulierung bereits auf das Heftigste.

Obwohl die Thesen auch innerhalb der Branche heftigste Diskussionen ausgelöst haben, ist nicht zu übersehen, dass viele Forderungen eigentlich im Ausland Normalfall und in der Privatwirtschaft selbstverständlich sind.

4. Gefährdet wirtschaftlicher Erfolg die nachhaltige Waldpflege?

In unserer waldpolitischen Diskussion haben sich mittlerweile die Begriffsverbindungen defizitär = ökologisch und wirtschaftlich = waldzerstörerisch

zu eigentlichen Dogmen entwickelt.

Es mag interessieren, zu welchen Schlüssen in dieser Frage der mitunter die Schweizer Waldwirtschaft kritisch beurteilende WWF kommt.

Der WWF beurteilt jeweils die Nachhaltigkeit der Forstwirtschaften europäischer Länder mit den «European Forest Scorecards». Die Schweiz nimmt darin meistens den Spitzenplatz ein. 1998 gelangte der WWF in seiner SWOT-Analyse (Strengths-Weaknesses-Opportunities-Threats) zu einer kritischen Beurteilung und stimmte mit Jaakko Pöyry bezüglich der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit der Schweizer Forstwirtschaft auffallend überein.

Auf den Plätzen 2, 3 und 4 der WWF-Rangliste folgten mit Finnland, Schweden und Österreich aber drei wirtschaftlich sehr erfolgreiche Konkurrenten.

5. Referenzgrösse Privatwirtschaft?

Meine unschwer nachvollziehbare Schlussfolgerung lautet, dass mindestens in der von mir vertretenen Branche die Privatwirtschaft sehr wohl Referenzgrösse darstellen kann und muss. Ich füge gleich bei, dass dem von vielen Schweizer Waldfachleuten heftig widersprochen wird. Ob dabei aber ausschliesslich die Sorge um die Pflege des Waldes mitschwingt, bleibe dahingestellt.

Mein persönliches Bekenntnis, dass nur privatwirtschaftliche Impulse unserer planwirtschaftlich ausgerichteten Waldwirtschaft Zukunftsperspektiven verleihen und sie aus ihrer gefährlichen Abhängigkeit befreien können, wage ich in dieser Deutlichkeit natürlich nur in Ihrem Kreise kundzutun. Überdies frage ich mich als Bürger und Steuerzahler gelegentlich schon, ob angestrebte forstpolitische Ziele nicht effizienter, rascher und kostengünstiger durch das Spiel der Marktkräfte zu erreichen wären, statt einem immer dichter werdenden Geflecht von staatlichen und administrativen Restriktionen auf der einen und öffentlicher Förderung auf der andern Seite.